

---

**N i e d e r s c h r i f t**

**über die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen,  
öffentliche Sicherheit und Umwelt am 22.08.2023**

**Sitzungsbeginn:** 16:30 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:10 Uhr  
**Sitzungsort:** Ratssaal des Rathauses Dessau  
**Teilnehmer/-innen:** siehe Anwesenheitsliste (Anlage)

**Öffentliche Tagesordnungspunkte**

**1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und der Beschlussfähigkeit**

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit eröffnete die Sitzung des Ausschusses für Bürgeranliegen, öffentliche Sicherheit und Umwelt am 22.08.2023, 16.30 Uhr mit 7 stimmberechtigten Mitgliedern. Er stellte außerdem die form- und fristgerechte Ladung zur Sitzung fest.

**2 Beschlussfassung der Tagesordnung**

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Die Tagesordnung wurde einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0**

**3 Genehmigung der Niederschrift vom 06.06.2023**

Änderungs- und / oder Ergänzungswünsche wurden nicht vorgebracht.

Die Niederschrift wurde einstimmig beschlossen.

**Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 0**

**4 Bekanntgabe der Beschlüsse nichtöffentlicher Sitzungen des Gremiums**

Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit führte aus, dass in der letzten Sitzung keine Beschlüsse im nichtöffentlichen Teil gefasst wurden.

## 5 Einwohnerfragestunde

**Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** sagte, dass keine schriftlichen Anfragen von Bürgern vorliegen. Auch auf Anfrage von **Herrn Horváth** meldete sich kein anwesender Bürger zu Wort.

## 6 Öffentliche Anfragen und Informationen

### 6.1 Sonstige Anfragen und Mitteilungen

**Herr Ratzmann, Fraktion Alternative für Deutschland (AfD)** merkte an, dass ihm in Roßlau aufgefallen wäre, dass die Ampelanlage, die nur zur Befahrung des Einkaufszentrums in Richtung Roßlau, Magdeburger Straße dient, ständig in Betrieb sei. Auch sonntags, wenn das Einkaufszentrum geschlossen hat. Er bat darum zu prüfen, ob die Ampel im Dauerbetrieb sein muss.

Des Weiteren fragte **Herr Ratzmann** nach dem Sachstand zur Fertigstellung der Rettungswache. Er bat weiterhin um eine Information, wann die Turnhalle der Berufsschule wieder ihrer eigentlichen Nutzung zugeführt werden kann.

**Herr Ratzmann** sagte weiterhin wörtlich: *„Ich bin in letzter Zeit mehrfach daraufhin angesprochen worden, ob mir was bekannt wäre, dass in Roßlau ein Asylantenheim geplant ist in der Kleinen Marktstraße. Die wird konkret genannt. Konnte ich nichts zu sagen, ist mir nicht bekannt. Da wäre ich mal interessiert, ob da in diese Richtung irgendwas geplant ist. Konkret wird da gesagt, es würde wohl ein Asylantenheim für minderjährige, unbegleitete Asylanten sein. Kann ich nichts zu sagen, ist mir fremd. Es wäre schön, wenn Sie eine Klarstellung bringen könnten.“*

**Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** antwortete auf die Fragen wie folgt:

Bzgl. der Ampelschaltung in Roßlau wird eine Überprüfung seitens der Stadtverwaltung erfolgen.

**Herr Horváth** führte zur Frage hinsichtlich der Rettungswache aus, dass diese am 08.09.2023 offiziell übergeben wird. Die Einladungen an die Stadträte wurden von der WBD verschickt.

Da die Frage nach der Nutzbarkeit der Turnhalle der Berufsschule nicht im Bereich des Dezernates V liegt, wird **Herr Horváth** die Angelegenheit in der Stadtverwaltung klären.

Auf die Frage nach der Unterbringung von Asylbewerbern antwortete **Herr Horváth**, dass ihm hierzu nichts bekannt sei. Deshalb gäbe es nichts klarzustellen. Er sagte,

---

dass man das Ziel der dezentralen Unterbringung verfolge und insoweit dies nicht im Raum stehe.

**Herr Kellner, Fraktion der CDU** sagte, dass den Stadträten am 22.08.2023, 8.28 Uhr die Einladung zur Eröffnung der Mannheimer Straße zugeing, und zwar für Donnerstag, den 24.08.2023, 12.00 Uhr. Er monierte, dass die Einladung nur 4 Tage vor dem Termin eingegangen sei. Er betonte, dass die Stadträte ehrenamtlich tätig seien und ihre Termine auch planen müssen. **Herr Kellner** bat darum, größere Zeitfenster bei der Versendung von Einladungen zu beachten.

Des Weiteren nahm **Herr Kellner** Bezug auf die Mail „Roßlau – Stadt im Grünen“. Er bat darum, dass das Ordnungsamt nicht erst ermittelt, wem das Haus gehört, sondern das der Grünschnitt gleich beseitigt wird und der Bürger die Kosten im Nachhinein bezahlt. Er merkte an, dass es sinnvoll wäre, wieder Gemeindearbeiter in den Ortschaften einzusetzen.

**Herr Kellner** sagte, dass am Rathaus zwar Zettel angebracht seien mit dem Hinweis, dass das Bürgerbüro aufgrund von Software-Updates geschlossen wird, dies auf der Homepage aber nicht ersichtlich sei.

**Herr Horváth** sagte hierzu, dass das Bürgerbüro vom 23.08.2023 bis einschließlich 29.08.2023 wegen einer notwendigen Software-Umstellung geschlossen sein wird. Die Mitteldeutsche Zeitung wurde informiert und auf der Homepage ist es ebenfalls zu lesen, so **Herr Horváth**.

Des Weiteren fragte **Herr Kellner** nach dem Projekt gegen Drogen mit Christoph Sakwerda. Denn nach einer großen Kick-off-Veranstaltung, die durch das damalige Gesundheitsdezernat organisiert wurde, habe er nichts mehr davon gehört. Er fragte weiterhin diesbezüglich nach der Verwendung der öffentlichen Gelder.

**Frau Erxleben, Leiterin des Amtes 53** sagte hierzu, dass das Projekt noch läuft, aber durch die Pandemie ein bisschen eingeschlafen sei. Die entsprechenden öffentlichen Maßnahmen laufen derzeit wieder an und Veranstaltungen, wie z. B. mit dem Jobcenter und auf Landesebene, werden wahrgenommen. **Frau Erxleben** sagte, dass sich die Mittel hierfür auf ca. 1.000,00 € beliefen und für Werbezwecke und Veranstaltungen eingesetzt wurden.

**Herr Kellner** dankte Frau Erxleben für die Auskunft und sagte, dass er die gleiche Frage im Hauptausschuss gestellt aber keine Antwort erhalten hatte. Er bat in Zukunft um eine zeitnahe Beantwortung von Fragen in den Ausschüssen.

**Herr Horváth** sagte zur Thematik „Roßlau – Stadt im Grünen“, dass für die Beseitigung des Unkrautes auf Privatflächen der Eigentümer verantwortlich sei. Im öffentlichen Raum könnte die Ordnungsbehörde sicherlich Maßnahmen ergreifen. Die Anfrage, wie grundsätzlich mit der Sauberhaltung umgegangen wird, wird **Herr Horváth** in der Stadtverwaltung klären.

Des Weiteren führte **Herr Kellner** aus, dass die Reinigung der Flächen zügiger vorstattengehen sollten. Eine rasche interne Klärung wäre hier von Vorteil.

**Herr Horváth** sagte hierzu, dass die Verwaltung bezogen auf die kommunalen Flächen einheitlich handelt. Bei privaten Flächen kann die Stadtverwaltung nur im Rahmen der Gefahrenabwehr und der Nichteinhaltung von Anliegerpflichten handeln.

**Herr Jüling, Fraktion der CDU** fragte nach, wann das neue Bürgeramt öffnen wird.

**Herr Horváth** führte dazu aus, dass derzeit der Innenbereich ausgebaut wird. Voraussichtlich wird das Bürgeramt Anfang 2024 geöffnet. Ein genauer Termin steht allerdings noch nicht fest, so **Herr Horváth**.

**Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau** sprach seinen Dank der Unteren Wasserbehörde aus, die sich dem Problem der Wasserversorgung angenommen und eine Lösung gefunden hatte.

## 7 Beschlussfassungen

### 7.1 **Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 228 "Gewerbe- und Solarpark Lukoer Straße"** Vorlage: BV/139/2023/I-61

**Herr Schmidt, Leiter des Amtes 61** machte zur Beschlussvorlage folgende Ausführungen:

Der Stadtverwaltung liegt ein Antrag eines Roßlauer Industrieunternehmens auf Aufstellung eines Bebauungsplanes. Das Unternehmen hat vor geraumer Zeit in Konversionsareal an der Lukoer Straße erworben und möchte dort für eigene industrielle Zwecke und auch für die autarke Energieversorgung, Erweiterungsflächen und Flächen für erneuerbare Energien entwickeln. Vor einigen Jahren hatte dort bereits ein Vorhabenträger das Ansinnen, eine Biogasanlage zu entwickeln. Das hatte sich aber dann zerschlagen. Und jetzt möchte der neue Eigentümer dieser Fläche für eigene betriebliche Zwecke entsprechende bauliche Anlagen errichten, für die ein Bebauungsplanverfahren notwendig sind.

**Herr Horváth** stellte nunmehr die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 1**

### 7.2 **Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan Nr. 230 "Freiflächenphotovoltaikanlage Die breiten Stücke, Mühlstedt" und Einleitung des Verfahrens zur 5. Änderung des Flächennutzungsplanes für den Stadtteil Roßlau um die Ortschaft Mühlstedt** Vorlage: BV/227/2023/I-61

**Herr Schmidt, Leiter des Amtes 61** führte aus, dass hier ein Antrag der EVH GmbH in Kooperation mit der Dessauer Stromversorgung vorliegt, im Bereich nördlich der Ortschaft Mühlstedt eine großflächige Photovoltaikfreiflächenanlage auf landwirtschaftlichen Flächen zu errichten. Es handelt sich dabei um benachteiligte landwirtschaftliche Flächen, für die nach der entsprechenden Verordnung nach dieser Nachhaltigkeitsverordnung auch die Alternative schon von Gesetzgeberseite vorgesehen ist, diese mit Freiflächenphotovoltaikanlagen zu beplanen. Es handelt sich um eine Fläche, die von ihrem Ausmaß her das Potenzial mitbringt, für gut ein Viertel des prognostizierten Energieversorgungsbedarfes einen effektiven Beitrag zu leisten. Das Ganze soll in Kooperation mit einem Angebotsbebauungsplan im Außenbereich begleitet werden, bei dem die Dessauer Stromversorgung mit den Halleschen Stadtwerken zusammen agieren. **Herr Schmidt** sagte, dass Herr Kitzing von der Stromversorgung und Herr Jahner von den Halleschen Stadtwerken bei Nachfragen Auskunft geben könnten.

**Herr Jüling, Fraktion der CDU** fragte, ob die Flächen kommunales oder privates Eigentum sind. Des Weiteren wollte er wissen, wohin der Strom geht, der dort generiert wird.

**Herr Jahner, Hallesche Stadtwerke** antwortete hierauf wie folgt:  
Die Flächen gehören Privateigentümern und landwirtschaftlichen Betrieben. Diese wurden zunächst schuldrechtlich auf die Energieversorgung Halle gesichert und werden zum späteren Zeitpunkt in die neu geschlossene Gesellschaft mit der DVV übertragen.

**Herr Jüling** fragte, ob eine Pacht oder Miete an die Eigentümer gezahlt wird.

Für die Laufzeit des B-Planes bzw. für die Standzeit der PV-Anlage erhalten die Eigentümer eine jährliche Pacht, sagte **Herr Jahner**.

**Herr Jüling** wollte wissen, ob die Flächen nach der Laufzeit in das Eigentum der Gesellschaft übergehen.

**Herr Jahner** erläuterte, dass die PV-Anlage nach der Laufzeit zurückgebaut wird. Es wird eine Rückbaubürgschaft von Seiten der Betreiber gestellt, die diesen Rückbau absichert. Des Weiteren führte **Herr Jahner** aus, dass der Strom nach dem aktuellen Konzept in das öffentliche Netz eingespeist wird. Es ist aber angedacht, dass der eingespeiste Strom zu 50 % finanziell von der DVV und der EVH aufgenommen wird und dann in das eigene Portfolio aufgenommen werden kann, um attraktive Strompreise z. B. auch für die Bürger anzubieten.

**Herr Jüling** fragte, ob die Strompreise für die Bürger günstiger werden.

**Herr Jahner** antwortete darauf, dass man jetzt noch keine eindeutige Aussage treffen kann, da die Strompreise sich ständig ändern können. Erst wenn alle Investitions-

und Betriebskosten fixiert sind, kann dementsprechend ein möglicher Strompreis errechnet werden.

**Herr Hartmann, Fraktion des SPD** dankte für die Ausführungen und fragte, wie viele Haushalte mit dem Strom bedient werden.

**Herr Jahner** sagte, dass dies von der Größe der Anlage abhängt. Setzt man den durchschnittlichen Stromverbrauch eines Haushaltes an, sind es ca. 14.000 Haushalte.

**Herr Kellner, Fraktion der CDU** fragte nach der prozentualen Aufteilung des gewonnenen Stromes.

**Herr Jahner** erläuterte, dass die zum 05.07.2023 im Stadtrat abgeseignete Gesellschaft EGE-DVV Erneuerbare Energien GmbH & Co. KG Betreiber der Anlage wird. Diese gibt von den 100 % erzeugten Strom 50 % an die DVV und 50 % an EVH ab.

**Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau** merkte an, dass der Flächennutzungsplan geändert wird und er der Meinung ist, dass der Ortschaftsrat in Mühlstedt darüber in Kenntnis gesetzt werden sollte.

**Herr Schmidt** sagte, dass der Ortsbürgermeister, Herr Düben in diesen Prozess bereits integriert ist. Demnächst wird das Projekt im Ortschaftsrat vorgestellt.

**Herr Fessel** sagte, dass der Ortschaftsrat Roßlau ebenfalls informiert werden müsste.

Dies werde ebenfalls aufgegriffen, so **Herr Schmidt**.

**Herr Horváth** stellte nunmehr die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

## **Abstimmungsergebnis: 7 – 0 – 1**

### **7.3 Bürgerbüro Roßlau im Rathaus Roßlau Vorlage: BV/216/2023/V-32**

**Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** führte zu dieser Beschlussvorlage Folgendes aus:

Die Verwaltung hat sich dazu entschlossen, zu Beginn des Jahres 2024 in Roßlau ein Bürgerbüro einzurichten. Hier sollen bürgerfreundliche Öffnungszeiten (8.00 Uhr bis 18.00 Uhr) geschaffen werden. Die Bürger sollen sämtliche Dienstleistungen in Anspruch nehmen können, die auch im Dessauer Bürgerbüro angeboten werden.

**Herr Horváth** sagte, dass zwei neue Vollzeitstellen geschaffen werden sollen und das Bürgerbüro eine neue technische Ausrüstung erhalten wird.

**Herr Ratzmann, Fraktion der Alternative für Deutschland (AfD)** dankte Herrn Horváth für seine Ausführungen und sagte, dass er die Beschlussvorlage außerordentlich begrüße. Er ist der Meinung, dass dies publik gemacht werden müsse. Endlich wird wieder Bürgernähe hergestellt, so **Herr Ratzmann**. Des Weiteren sagte er, dass in Dessau damit eine Entlastung geschaffen wird. Er monierte allerdings die geringen Mittel, die hier zur Verfügung gestellt werden. Seiner Meinung nach, sollte hier eine Nachbesserung bzw. Überarbeitung erfolgen.

**Herr Kellner, Fraktion der CDU** fragte, ob in diesem Zusammenhang auch noch etwas in Sachen Barrierefreiheit getan wird.

**Herr Horváth** führte aus, dass die Barrierefreiheit im Roßlauer Rathaus für das Bürgerbüro gegeben ist. Ergänzend führte er aus, dass im Nachgang die Inanspruchnahme der Dienstleistungen betrachtet werden. Man könnte im Nachhinein auch noch nachsteuern, ob beim Personal oder bei den Öffnungszeiten, so **Herr Horváth**. Zunächst muss die Ausschreibung auf den Weg gebracht und das Personal geschult werden.

**Herr Fessel, Fraktion Die Linke.Dessau-Roßlau** begrüßte ebenfalls die Beschlussvorlage und führte als positiv an, dass die Dienstleistungen des Bürgerbüros in Roßlau dann auch die Bürger von Rodleben, Mühlstedt und Meinsdorf nutzen können.

**Herr Horváth** stellte nunmehr die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0**

#### **7.4            2. Novellierung des Maßnahmebeschlusses zum Neubau einer Fahrzeughalle für die Freiwillige Feuerwehr Mühlstedt Vorlage: BV/218/2023/V-37**

**Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** fragte nach, ob Einführungsbedarf in die Beschlussvorlage bestünde.

**Herr Kellner, Fraktion der CDU** merkte an, dass es vielleicht sinnvoller gewesen wäre, auf die Fördermittel zu verzichten, da sich die Kosten jetzt verdoppelt hätten. Zukünftig wäre es sicher besser, so **Herr Kellner**, auf den Fördermittelgeber zu warten oder selbst etwas zu bauen. Er monierte, dass jetzt 1,5 Mio. € aufgrund der hohen Kosten im Raum stehen.

**Herr Horváth** stellte nunmehr die Beschlussvorlage zur Abstimmung.

### **Abstimmungsergebnis: 8 – 0 – 0**

Danach wurde Nichtöffentlichkeit hergestellt.

---

**10 Schließung der Sitzung**

**Herr Horváth, Ausschussvorsitzender und Beigeordneter für Bürgerdienste, Umwelt und Sicherheit** schloss die Sitzung 17.10 Uhr.

Dessau-Roßlau, 27.09.23

---

Stefan Horváth  
Vorsitzender Ausschuss für Bürgeranliegen, öffentliche  
Sicherheit und Umwelt

Katrin Koischwitz  
Schriftführerin